

Die Botschaft

AZ 5312 Döttingen
Fr. 1.80
Samstag, 17. Juni 2017
Nr. 69

redaktion@botschaft.ch
Tel. 056 269 25 25



Die Zeitung für das Zurbiet und angrenzende Gemeinden

Bestätigen die Einwohner das Ja zu «Rheintal+»?

Am 2. Juli 2017 fällt Kaiserstuhl einen richtungweisenden Entscheid. Es kommt zur Urnenabstimmung über den Kreditantrag für eine vertiefte Prüfung eines möglichen Zusammenschlusses der «Rheintal+»-Gemeinden.

KAISERSTUHL (tf) – Am Tag vor Fronleichnam war es soweit: Die Abstimmungsunterlagen für den 2. Juli flatterten in die Kaiserstuhler Briefkästen. An jenem Sonntag kommt das Geschäft der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 6. April 2017 noch einmal vors Volk, diesmal an der Urne. Es geht um den Kreditantrag in der Höhe von maximal 55'000 und um die Frage einer vertieften Prüfung eines möglichen Zusammenschlusses unter den «Rheintal+»-Gemeinden.

Der Kreditantrag, der als vorläufiger Höhepunkt eines rund zweijährigen Gesprächs unter den Gemeindegemeinern im Rheintal-Studenland zu sehen war, war am 6. April 2017 in zehn Zurbiet-Gemeinden gleichzeitig behandelt worden. Mit Ausnahme von Fisibach sagten alle Gemeinden Ja zur vertieften Prüfung. In Kaiserstuhl wurde dem Kreditantrag mit 42 Ja-Stimmen (bei zehn Nein-Stimmen) zugestimmt. Gegen diesen Entscheid wurde jedoch erfolgreich das Referendum ergriffen. Weil gegen den Beschluss über das Zustandekommen des Referendums beim Regierungsrat des Kantons Aargau keine Beschwerde erhoben wurde, wurde auf 2. Juli 2017 die Referendumsabstimmung angesetzt. Zur Abstimmung kommt noch einmal die genau gleiche Frage wie an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 6. April.

Die Argumente des Kontra-Komitees

Im Rahmen der Gemeindeversammlung vom 7. Juni hatte das Referendumskomitee, das sich zusammensetzt aus Maggie



In Kaiserstuhl steht eine wichtige Urnenabstimmung an: Der Kredit für die vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses mit den «Rheintal+»-Gemeinden kommt noch mal vors Volk.

und Andreas Widmer, Mary Morger und Daniel Joho und der ehemaligen Stadträtin Sonja Böhm, Gelegenheit erhalten, seine Sicht der Dinge darzulegen. Die Argumente des Referendumskomitees wurden nun in Papierform mit den Abstimmungsunterlagen noch einmal verschickt. Das Komitee betrachtet eine vertiefte Prüfung der «Rheintal+»-Gemeinden nicht als den richtigen Weg für Kaiserstuhl.

Das Komitee betont, dass in der unmittelbaren Nachbarschaft einiges in Gang gekommen sei nach dem 6. April,

und dass sich mit dem Nein der Fisibacher die Ausgangslage verändert habe. Es wird explizit auf die Voranfrage des Fisibacher Gemeinderats beim Regierungsrat verwiesen (siehe Kasten) und betont, dass ein Alleingang von Kaiserstuhl langfristig nicht möglich bleiben werde. «Kaiserstuhl und Fisibach gehören für uns zusammen. Die Einwohner verbindet vieles. Vereine, Kirche, Schule. Wenn eine Fusion Sinn macht, dann zwischen diesen zwei Gemeinden. Unabhängig davon, ob frühere Versuche geschei-

tert sind. Die Bedingungen haben sich seither verändert.»

Hervorgehoben wird, dass ein vereintes Fisibach-Kaiserstuhl gegenüber einer Grossfusion der «Rheintal+»-Gemeinden den Vorteil hätte, überschaubar zu sein. Man kenne sich, die Wege seien kurz und Synergien könnten genutzt werden – zum Beispiel in der Verwaltung, beim Bauamt, bei den Behördenmitgliedern, beim Verkehr, bei der Raumplanung, bei der Jugend- und der Seniorenarbeit. Dafür gelte es jetzt die Weichen zu stellen, mit einem klaren Nein zum Abklärungskredit. «Im riesigen «Rheintal+»-Verbund würde Kaiserstuhl Gefahr laufen, losgelöst am äussersten Zipfel zu vereinsamen, kaum mitsprechen zu dürfen und noch mehr an Attraktivität zu verlieren.»

Ein Pro-Komitee mobilisiert

Das Referendum wurde mit 41 Stimmen klar ergriffen, erforderlich gewesen wären 23 Stimmen. Die Frage ist, ob es sich bei diesen 41 Stimmen um die einzigen Gegenstimmen zur vertieften Prüfung handelt. Sie muss zum jetzigen Zeitpunkt offen bleiben. Sicher ist dagegen, dass sich in der Zwischenzeit in Kaiserstuhl auch ein Ja-Komitee gebildet hat. Es hat zur Abstimmung ein Flugblatt verbreitet, das von nicht weniger als 30 Personen gezeichnet ist.

Im Flugblatt zeichnet das Pro-Komitee vier Alternativen nach, die in der gegenwärtigen Ausgangssituation zur Wahl stehen. Unter «Wahrung der Selbstständigkeit bei gleichzeitiger Zusammenarbeit der Nachbarn» wird der Ist-Zustand beschrieben, wenn alles beim alten bliebe. Unter «Fusion mit Nachbargemeinden im Aargau, z.B. Fisibach» wird auf den Zusammenschluss-Vorschlag des Referendumskomitees Bezug genommen. Es wird betont, dass ein Zusammenschluss mit Fisibach bereits einmal intensiv geprüft wurde, der Fisibacher Gemeinderat sich aber dagegen gestellt habe. An dieser ablehnenden Haltung habe sich seither nichts geändert. «Ohne Interesse der Gegenseite fehlt die Grundlage für einen neuen Anlauf.»

Den «Blick über die Kantonsgrenze» bezeichnet das Pro-Komitee als interessante aber leider nicht realistische Variante. «Der Regierungsrat wird der Anfrage von Fisibach voraussichtlich schon bald eine Absage erteilen», heisst es dazu im Flugblatt. Wie die heutige Mitteilung des Kantons zeigt (siehe Kasten), liegt das Komitee mit dieser Annahme richtig.

Schliesslich wird die «Prüfung eines regionalen Zusammenschlusses» vorgezogen und hervorgehoben, dass die rasan-

ten Veränderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Kaiserstuhl zwingen, auch über den Tellerrand zu schauen und auch Ungeohntes ernsthaft zu prüfen. Das geschehe mit dem Projekt «Rheintal+». «Wir wollen in konstruktiver Zusammenarbeit alle Möglichkeiten zur zukünftigen Entwicklung unseres Gemeinwesens prüfen, ohne uns voreilig Grenzen zu setzen.»

Stadtrat für ein klares Ja

Der Stadtrat, der sich ebenfalls an der Gmeind vom 7. Juni ein erstes Mal zur Referendumsabstimmung geäussert hat, zielt mit seinen Argumenten in der «Botschaft» zur Urnenabstimmung in eine ähnliche Richtung wie das Pro-Komitee. Er betont, dass der Druck auf die Behördenvertreter und die Verwaltung seit Jahren steige, unter anderem durch Aufgaben, die der Gemeindeebene von Seiten Kanton zusätzlich zugewiesen würden. Dies zwingt besonders Kleingemeinden dazu, ihre Verpflichtungen gemeinsam zu erfüllen. «Weil auch Kaiserstuhl inzwischen zirka 20 verschiedenen Organisationen angehört, ist der Stadtrat überzeugt, dass die Aufgaben und aktuellen Gemeindefunktionen im Rheintal überprüft und nach Möglichkeit bereinigt werden sollen.»

Der Stadtrat geht auf das Projekt «Rheintal+» ein und bekräftigt, dass am Ende der vertieften Prüfung eines Zusammenschlusses im Sommer 2019 die Stimmbürger jeder einzelnen Gemeinde über das weitere Vorgehen beschliessen können. Die teilnehmenden Gemeinden würden nicht nur ihre eigene Zukunft gestalten, sondern diese auch für alle bisherigen Partnergemeinden verändern. Umso wichtiger sei es auch für Kaiserstuhl, alle heutigen regionalen Möglichkeiten auszuloten und Eigenheiten oder Forderungen – wie zum Beispiel die Beibehaltung der Schule im Kanton Zürich – rechtzeitig und aktiv einzubringen. «Nur die eigene Mitwirkung verhindert, dass die voraussichtliche Auflösung verschiedener Gemeindeverbände wie die Verwaltung2000 oder des regionalen Sozialdienstes Kaiserstuhl dazu zwingt, unter grossem Zeitdruck Ersatz für alle Angebote zu schaffen.»

Fast schon als Appell im engeren Sinne sind die Schlussworte des Stadtrats zu bewerten, der die kantonalen Randgemeinden als «Brückenbauer» sieht, gerade weil sie Kontakte über die bestehenden Grenzen hinaus pflegen. «Statt nun dem Rheintal demonstrativ den Rücken zu kehren, soll Kaiserstuhl mit am Tisch sitzen, wenn die Zukunft der ganzen Region besprochen wird.»

Kanton erteilt Kantonswechsel-Idee eine Abfuhr

Obwohl die Fisibacher bislang nicht über einen Kantonswechsel abgestimmt haben, konnte in den vergangenen Wochen aufgrund der Medienberichte der Eindruck entstehen, die Fisibacher strebten in der Tat einen Kantonswechsel an. Dem ist nicht so. Tatsächlich gefordert hatten die Fisibacher, dass der Gemeinderat an einer der kommenden Gemeindeversammlungen einen Kredit vorlege, mit dem eine vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses mit einer Nachbargemeinde im Kanton Zürich in Angriff genommen werden könnte.

Der Fisibacher Gemeinderat hat als Reaktion auf diesen überraschenden Antrag am 12. April Regierungsrat Urs Hofmann, den Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, ge-

troffen und im Anschluss an das Gespräch entschieden, beim Regierungsrat des Kantons Aargau eine Voranfrage zu platzieren. Der Fisibacher Gemeinderat stellte die Frage, ob der Regierungsrat bereit sei, die erforderlichen Schritte für einen Kantonswechsel der Gemeinde Fisibach einzuleiten. Eine Antwort wurde seitens des Regierungsrats noch vor den Sommerferien in Aussicht gestellt.

Als in Kaiserstuhl das Referendum zur Abstimmung vom 6. April 2017 zustande kam (siehe Text oben), entschied der Kaiserstuhler Stadtrat Ende Mai ebenfalls, sich mit einem Schreiben an den Regierungsrat zu wenden. Er wollte vom Regierungsrat wissen, ob es rechtlich möglich wäre, in einem allfälligen Fusionsvertrag im Rahmen des Projekts «Rheintal+» dem Ortsteil Kaiserstuhl für Fragen im Zusammenhang mit dem Schulstandort ein «Sonderrecht» zu gewähren.

Nein zu Kantonswechsel

In einer Medienmitteilung (und in direkten Antwortschreiben an die Gemeinde- respektive Stadträte) hat sich der Kanton nun zu beiden Themen klar geäussert. Der Regierungsrat bekräftigt, dass er einen Kantonswechsel der Gemeinde Fisibach ablehne und nicht bereit sei, einen solchen Wechsel in die Wege zu leiten. Er betont, dass der Aargau über zahlreiche Gemeinden entlang der Kantonsgrenze verfüge, die intensive Beziehungen mit benachbarten Gemeinden, Regionen und Kantonen aufwies. Diesbezüglich würden im Fall von Fisibach also keine speziellen Umstände vorliegen. Insbesondere sei-

keine Gründe ersichtlich, die einen derart grundlegenden Eingriff in die Struktur der Kantone Aargau und Zürich, wie ihn ein Kantonswechsel darstelle, rechtfertigen würden. «Von einer besonders stossenden oder unverständlichen Situation kann weder unter historischen noch unter politisch-sachlichen Aspekten gesprochen werden.»

Ja zu spezieller Schullösung

Der Regierungsrat kommt in seiner Antwort auch auf die Verträge, die zwischen Fisibach respektive Kaiserstuhl und der im Kanton Zürich gelegenen Primarschulgemeinde Weiach respektive der Oberstufenkreisschulgemeinde Stadel bestehen, zu reden. Er hält in seiner Antwort ausdrücklich fest, dass der Besuch der zürcherischen Volksschule auch nach einem allfälligen Gemeinde-zusammenschluss zulässig bleibe und die Möglichkeit bestehe, den betreffenden Gemeinden im Zusammenschlussvertrag eine Sonderstellung bei der Festlegung des Schulstandorts einzuräumen. «Auch nach einem allfälligen Zusammenschluss mit anderen aargauischen Gemeinden, wie er im Rahmen des Projekts «Rheintal+» geprüft wird, können die in einem künftigen Ortsteil Fisibach respektive Kaiserstuhl wohnhaften Schulkinder weiterhin im Kanton Zürich beschult werden.» Es bestehe also die Möglichkeit, in einen Zusammenschlussvertrag eine Klausel aufzunehmen, wonach den betreffenden Gemeinden bei der Festlegung des Schulstandorts eine Sonderstellung eingeräumt werde.

Kommentar

Beim Ja bleiben

Die Kaiserstuhler haben an der jüngsten Gmeind 150'000 Franken gesprochen, mit denen eine Testplanung (und eine spätere Umnutzung) des Areals «Blöleboden» aufgelegt werden soll. Eine sinnvolle Sache, vorausgesetzt, es werden auch alle Haltungen in den Prozess miteinbezogen. Die Gemeindeversammlung hat gezeigt, dass diesbezüglich noch Annäherungen notwendig sind. Für «nur» einen Drittel der 150'000 Franken, für maximal 55'000 Franken, kann sich Kaiserstuhl an der vertieften Prüfung eines Zusammenschlusses der «Rheintal+»-Gemeinden beteiligen – und wird im Gegenzug sehr viele Antworten erhalten. Vor dem Hintergrund, dass sich die Kantonswechsel-Idee betreffend Fisibach am Freitagvormittag in Luft aufgelöst hat und vor allem vor dem Hintergrund, dass der Regierungsrat zugesichert hat, dass die heutige Schullösung auch in Zukunft und trotz «Rheintal+»-Szenarien möglich bliebe, wäre es unklug, wenn die Kaiserstuhler den Fisibachern mit einem Nein folgen würden. Klüger wäre es, wenn Fisibach den Kaiserstühlern mit einem Ja folgen

würden. Ein klärendes Gespräch mit der Bevölkerung ist in Fisibach dringend notwendig. Ich glaube, dass die Einwohner unter den neuen Voraussetzungen noch einmal bereit wären, über eine vertiefte Prüfung eines Zusammenschlusses mit «Rheintal+» zu diskutieren. Würde eine erneute ausserordentliche Gmeind auf August angesetzt, könnte sich Fisibach vielleicht sogar wieder in den Prozess einlinken.

Thomas Färber

Fahrzeug-Ankauf

Tel. 076 323 89 21
ab Platz / Barzahlung

Tommy Auto Kaufe alle Autos

076 816 71 71
tommycarssuiss@gmail.com

Beck Alt
www.beckalt.ch

Himmlich verführerisch
Einfach mal reinbeissen – in ein Zurbiet-Kirschräumli – und Sie schweben auf Wolke 7. Natürlich in Handarbeit und mit köstlichster Schokolade und edelstem Kirsch hergestellt ...
... und das spürt man.

Endingen, Marktgasse 6 Tel. 056 242 11 49
Ehrendingen, im Dorf Tel. 056 221 54 93
Ehrendingen, Surtalstrasse Tel. 056 209 01 81